

Anfrage

öffentlich

Datum

21.06.2006

Nummer

F0128/06

Absender

Florian Fuhrmann

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Sitzungstermin

Jugend im Stadtrat

10.06.06

Kurztitel

Gesonderte Aufführung von Spätaussiedlern in den
Kriminalstatistiken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister.

In verschiedenen Bundesländern wurden vor einiger Zeit Debatten geführt, ob es nicht notwendig ist, Spätaussiedler gesondert in den Kriminalitätsstatistiken unterzubringen. Nordrhein Westfalen ist meines Wissens nach das einzige Land, in dem sich die CDU mit seiner Forderung durchsetzen konnte und hier nun Spätaussiedler gesondert betrachtet werden. In Magdeburg sowie in ganz Sachsen-Anhalt ist dies, wie ich vom LKA Sachsen Anhalt sowie von der PD Magdeburg erfuhr, jedoch nicht der Fall.

Wie ich jedoch selber erfahren musste, ob nun durch gleichaltrige Freunde oder am eigenen Leib, gibt es in Magdeburg ein unübersehbares Problem mit Gewalt, welche von Spätaussiedlern, besonders männlichen Jugendlichen, begangen wird. In einigen Stadtvierteln, besonders in Olvenstedt und dem Neustädter Feld, ist es so extrem geworden, dass man hier bereits von Gangbildung, Gettoisierung und ethnischen Konflikten sprechen muss.

Nun kann man vielleicht sagen, dass es Gewalt von deutschen Jugendlichen genau so gibt, wie verschiedene soziologische Studien und die Polizei ihnen jedoch bestätigen werden, geht es hier um eine grundlegend andere Qualität der Verbrechen. Während bei deutschen Jugendlichen immer noch der Trend erkennbar ist, Konflikte verbal, möglicherweise auch mit Beleidigungen zu lösen und nur im äußersten Falle Gewalt anzuwenden, so ist es bei den meisten Spätaussiedlern bereits eine Frage der Ehre auf Provokationen meist auch mit äußerster Gewalt zu reagieren, was unter Magdeburger Jugendlichen bereits ein Klima der Furcht geschaffen hat. Insgesamt ist es für mich ersichtlich, dass eine versuchte Integration von Russlanddeutschen besonders zweiter und dritter Generation, vollkommen missglückt ist und es anzunehmen ist, dass es besonders in Problemviertel, wie oben erwähnt, zu größeren ethnischen Konflikten kommen könnte, wenn dies nicht unter Kontrolle gebracht wird.

An den Ausschreitungen der Vergangenheit, nicht nur in Frankreich, kann man, denke ich, ziemlich gut erkennen, wozu dieser Hang zur Bildung einer teils gewaltbereiten Parallelgesellschaft führen kann. Und dies ist nicht etwa übertrieben, wie ihnen die Polizei sicher auch bestätigen kann, da es besonders in Olvenstedt öfter zu diversen Massenschlägereien und Landesfriedensbrüchen unter rivalisierenden deutschen und russlanddeutschen Jugendlichen kam. Diese Einschätzungen werden ihnen ebenfalls im größeren Rahmen vom Osteuropa- Institut München, soziologischen Studien wie denen des

Herr Hans-Dieter Schwind, sowie den Kriminalitätsstatistiken vom Land Nordrheinwestfalen bestätigt werden.

Wir fragen an:

Haben sie von diesem Problem bereits früher Kenntnis gehabt, wenn ja was haben sie in der Vergangenheit versucht gegen dieses zu unternehmen?

Wäre es möglich in Magdeburg eine gesonderte Aufführung von Spätaussiedlern in der Kriminalitätsstatistik zu erreichen?

Wie werden sie mit diesem Problem weiterhin umgehen? Bei diesem Thema muss man sich ja ziemlich schnell den Vorwurf gefallen lassen fremdenfeindlich oder gar rassistisch zu sein, wobei dies ja überhaupt nichts mit der eigentlichen Problematik zu tun hat.

Gibt es in Magdeburg bereits ein Fachkommisariat (wie z.B. das FK 4, welches sich ausschließlich mit politisch motivierten Straftaten beschäftigt) oder eine Sonderkommission der Polizei, die sich speziell mit Verbrechen von Spätaussiedlern beschäftigt und wenn nein, würden sie sich für eine solche Institution einsetzen damit besonders Gewaltverbrechen aus dieser Richtung effektiver bekämpft werden können.